

**Österreich****Brutaler Sparkurs in Oberösterreich**

Bis Sommer will die schwarz-grüne Landesregierung eine Spitals“reform“ beschließen. Die sog. Reform sieht unter anderem den Abbau von 760 Spitalsbetten sowie die Schließung von insgesamt sieben Abteilungen in oberösterreichischen Spitäler vor. Widerstand regt sich.

SEITE 2

**Betrieb und Gewerkschaft****Kaum Klassenkämpfe in Österreich**

Nach 50 Jahren Sozialpartnerschaft fragen sich viele Linke, warum es hierzulande nur wenige nennenswerte Klassenkämpfe gab und gibt - der ÖGB redet sich dabei gerne auf die "passive Basis" aus

SEITE 3

**Schwerpunkt****Die "Lokomotive der Geschichte": Revolution**

Ägypten, Libyen, Tunesien: Demonstrationen, Besetzungen, Straßenschlachten und BürgerInnenkrieg. Und auch in Europa zittern die Herrschenden mittlerweile vor einem neuen "68". Was ist eine Revolution? SEITEN 4/5

**Internationales****CWI-Tagung in London**

Vier Tage lang diskutierte das "Europäische Büro" des Komitee für eine ArbeiterInneninternationale linke Perspektiven vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der revolutionären Umwälzungen im arabischen Raum. Die SLP war dabei.

SEITE 7

## Neue linke Kraft notwendig

# Gemeinsam alle Kürzungen stoppen!

Von Jan Rybak, SLP Salzburg

Maria Fekter als Finanzministerin ist eine Kampfansage an ArbeitnehmerInnen, Jugendliche und sozial Schwache. Sie hat sich als Innenministerin durch ihre menschenverachtende Politik gegen AsylwerberInnen „ausgezeichnet“. Kein Zweifel – auf ihrem neuen Posten wird sie die Anliegen der Herrschenden, nämlich das Schröpfen der Bevölkerung, mit ebensolcher Härte durchsetzen.

Dabei können wir uns das tägliche Leben jetzt schon kaum mehr leisten. Der angebliche Wirtschaftsaufschwung ist bei uns nicht angekommen. Noch immer sind ca. 322 000 Menschen in Österreich arbeitslos. Neu geschaffene Jobs sind Teilzeit, prekar, unsicher und mies bezahlt. Die im September 2010 eingeführte Mindestsicherung beginnt ihren unsozialen Charakter zu zeigen. In einer Reihe von Bundesländern bedeutet die Mindestsicherung für Langzeitarbeitslose auf Grund der Streichung von anderen Sozialleistungen, etwa Wohn- oder Heizkostenzuschüssen, ein spürbares Minus am Monatsende.

**Preise runter, Löhne rauf!**

Der durchschnittliche Lohnzuwachs lag 2010 bei 1,65%. Demgegenüber stand eine offizielle Inflation von 1,9%. Der Reallohnverlust setzt sich heuer fort. Während die ca. 80000 Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich sich mit mageren 2% Lohnerhöhung begnügen müssen, stieg die offizielle Inflation im März auf 3,1%. Real liegt die Teuerung sogar deutlich darüber, da im Warenkorb etwa Elektronikprodukte eine unverhältnismäßig starke Gewichtung haben. Bei Gütern des täglichen Bedarfs stiegen die Preise dramatisch an: Kartoffeln und Zwiebeln (+16%), Tomaten (+10%), Bohnenkaffee (+16%). Die Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsführung führt für die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen zu kontinuierlichem Lohnverlust. Die Zeiten, in denen durch Verhandlungen spürbare Verbesserungen für die Beschäftigten herausgeholt werden konnten sind schon lange vorbei. Regierung und UnternehmerInnen haben das ebenfalls erkannt. Fekter soll als „Eiserne Lady“ auch hart gegen die Gewerkschaften durchgrei-



Fotomontage

### Faymann und Spindelegger tun ihr Bestes, um Strache zum Kanzler zu machen.

fen. Es wird Zeit, dass auch der ÖGB aufwacht. Angesichts des stillen Lohnraubs durch die Inflation muss die Forderung nach einer gleitenden Lohnskala auf der Tagesordnung stehen. Dadurch würden die Löhne automatisch der Inflation angepasst werden. Erst auf dieser Grundlage macht es Sinn über echte Lohnerhöhungen zu diskutieren, die mehr sind als ein unzureichender gewerkschaftlich ausverhandelter Teuerungsausgleich.

**Ein steirischer Tahrir-Platz?**

Unsoziale Politik ist keine Domäne der Bundesregierung. Sämtliche etablierte Parteien beteiligen sich daran, die Lasten der (Budget-)Krise auf die breite Masse der Bevölkerung abzuwälzen. Die Grünen erhöhen in Wien die Fahrpreise bei den Öffis. Blau-Orange kürzt in Kärnten. Und aktuell fährt die

der Steiermark die ArbeiterInnenklasse, also jene, die auch – im Gegensatz zu z.B. Studierenden – über ökonomische Macht verfügen. Entscheidend ist es jetzt, den Widerstand in die Betriebe zu bringen. Komitees von unten aufzubauen, die die Bewegung voranbringen. Unter den DemonstrantInnen wurde bereits die Besetzung des Grazer Hauptplatzes als steirischen Tahrir-Platz diskutiert. Das kann ein wichtiger Schritt sein, es gilt aber auch darüber hinaus von den Bewegungen in Ägypten, Tunesien, etc. zu lernen. Die Bewegung war dort erfolgreich wo die ArbeiterInnenklasse geschlossen und organisiert aufgetreten ist. Das bedeutet Streik – auch in der Steiermark.

**Schluss mit Lustig!**

Die etablierten Parteien kürzen nicht deshalb, weil sie „dumm“ oder „bössartig“ wären. Dahinter steckt eine ökonomische Logik – die konkreten Profitinteressen der Banken und Konzerne. Grundlage ist der Kapitalismus selbst. Weil sie sich darin einig sind, ist die Politik der verschiedenen Parteien sehr ähnlich. Die Krise in der ÖVP ist nur Ausdruck der Krise des gesamten Establishments. Auf Bundesebene kann die FPÖ von der unsozialen Politik der Regierung profitieren – auch wenn sie eigentlich für dieselbe steht. In der Steiermark zeigt sich, wie es auch anders geht. Die Aktionen und Bündnisse sind Schritte nicht nur zu entschlossenen Widerstand. Sie sind auch ein Ansatz für neue politische Strukturen. Denn dass die etablierten Parteien keine Lösungen haben, wird immer offensichtlicher – und damit auch der Wunsch nach einer neuen, politischen Kraft: Einer echten Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche, die sich nicht an Sachzwängen und Profitlogik orientiert, sondern die Bedürfnisse der ArbeiterInnenklasse – in all ihren Facetten – in den Mittelpunkt stellt.

**Jetzt aktiv gegen Sozialabbau werden!**

**SLP-Treffpunkt in Graz:**  
jeweils Mittwoch, 18.00 Uhr,  
"Stockwerk", Jakominiplatz 18

**SLP-Treffpunkte** in Wien, Salzburg und OÖ siehe Seite 6.

**Der Standpunkt**

Von Sonja Grusch,  
SLP-Bundessprecherin

**Die Antwort der ÖVP auf Strache: Zu jung, zu geil?**

Die Personalrochade in der ÖVP hat das wohl jüngste Regierungsmitglied in der österreichischen Geschichte gebracht. Sebastian Kurz, 24, wird neuer Integrationsstaatssekretär. Die ÖVP ist offensichtlich in der Krise. Und versucht es mit der Flucht nach vorne.

Warum gerade Kurz? Haben sie sonst niemanden gefunden? Glauben sie mit Kurz eine Antwort auf Strache gefunden zu haben?

Wie auch immer: Kurz vereint schon in jungen Jahren viele schlechten Eigenschaften in sich: als Multifunktionär wird er das große Geld machen. Als Staatssekretär kassiert er pro Monat knapp 15.000,- Euro. Mehr als zehn mal soviel wie normale Jugendliche. Und die meisten MigrantInnen. Zusätzlich ist er noch Bundesobmann der Jungen ÖVP – in Wien und Bund. Ach ja, und außerdem studiert er auch noch Jus. Vielleicht kann er sich von seinen Parteifreunden Hahn und Guttenberg Tipps holen, wie das alles unter einen Hut zu bringen ist.

Aufgefallen ist Kurz durch ein altes Laster des österreichischen Adels und Bürgertums: die Auszeichnungseitelheit. So verabschiedete er sich von seinem Mandat als Gemeinderat mit dem Antrag, das Alter für die Verleihung von Medaillen zu senken. Sicher eines der größten Probleme, mit denen Jugendliche konfrontiert sind. Zum Thema Geilheit hat Sebastian Kurz überhaupt viel zu sagen. Im Gemeinderatswahlkampf in Wien ist er mit dem „Geilomobil“ aufgefallen – und jeder Menge Sexismus. Vielleicht versteht er ja unter Integration auch die bessere Integration von Frauen in die Küche? Diese Unterstellung ist böse, hat er sich doch auch schon zum Thema Integration von MigrantInnen zu Wort gemeldet. Und zwar mit der Forderung, dass in Moscheen auf Deutsch gepredigt werden müsse. Gilt das für die griechisch-orthodoxen oder koptischen ChristInnen auch? Insgesamt lässt sich sagen: Inhaltlich ist von Kurz wenig bekannt. Was wir kennen, ist entbehrlich. Jung – fesch – rassistisch wird nicht reichen, um Strache die WählerInnen abspenstig zu machen. Aber vielleicht ist Kurz, der eine Koalition mit der FPÖ nicht ablehnt auch ein Signal für eine künftige, engere Zusammenarbeit?

Eines sei noch klar gestellt: Sein Alter ist nicht das Problem! Die SLP fordert die Senkung des Wahlalters auf 15. Bei uns sind Jugendliche aktiv und setzen sich für ihre Rechte ein. Allerdings ohne Privilegien und ohne Rassismus!

**Impressum:**

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

**Schwarz-grüne „Reform“-Drohung gegen Oberösterreichs Spitalswesen****Kämpft um 760 Spitalsbetten!**

Von Lisa Wawra, SLP-Gmunden und Gerhard Ziegler, SLP-Linz

Bis Sommer will die schwarz-grüne Landesregierung eine Spitalsreform beschließen, um 362 Millionen Euro bis ins Jahr 2020 einzusparen. Die sogenannte Reform sieht unter anderem den Abbau von 760 Spitalsbetten, sowie die Schließung von insgesamt sieben Abteilungen in oberösterreichischen Spitäler vor.

**Ganz Oberösterreich betroffen**

Die Einsparungen treffen vor allem Krankenhäuser in größeren Städten wie Linz, Gmunden, Vöcklabruck, Braunau, Steyr und Schärding. Im Linzer AKH soll zum Beispiel die Gynäkologie mit der Abteilung in der Landesfrauen- und Kinderklinik zusammengelegt werden. Die Pathologie soll aufgelöst, die Betten der Unfall- und Lungabteilung reduziert werden.

In Gmunden hatte Landeshauptmann Pühringer vor zwei Jahren noch hoch und heilig versprochen die Gynäkologie auf jeden Fall zu erhalten. Jetzt soll sie geschlossen werden und in Vöcklabruck, wohin die meisten Patientinnen dann ausweichen müssen, sollen fünf Betten auf der Gynäkologie abgebaut werden.

**Sparen auf Kosten unserer Gesundheit**

Die Stellungnahmen der betroffenen MedizinerInnen und des Krankenhauspersonals zeichnen düstere Perspektiven. Herbert Strelbel, Primar am Linzer AKH: „Im Vordergrund der Spitalsreform stehen Strukturverschwendungen, Qualitätsgefährdungen und Erschwerisse für Patienten und Dienstnehmer.“

Draufzahlen werden in jeder Hinsicht die PatientInnen. Noch längere Wartezeiten für wichtige Operationen sowie eine schlechtere Versorgung bei Akutfällen sind vorprogrammiert. Durch die Umwandlung von vielen Stationen in Tageskliniken sind für komplizierte Eingriffe längere Wege zum nächsten Spital mit stationärer Klinik zurückzulegen. Zur Schließung des Herzkathederlaboratoriums sagt Peter Siostrzonek, der die interne Abtei-



lung am Linzer Spital der Barmherzigen Brüder leitet: „Verlieren wir den Herzkartheder, wird der Tod bei vielen Menschen auf der Warteliste stehen.“

Die PolitikerInnen behaupten, wir müssten Sparen – gleichzeitig stecken sie Millionen in Banken und Prestigekörpern! Wir sollen für eine Krise zahlen, die wir nicht verursacht haben. Es ist genug Geld da, um das Gesundheitssystem genauso wie das Bildungssystem auszubauen!

**Es zählen alle Interessen, außer jenen der PatientInnen und Angestellten**

Die SPÖ fürchtet, dass die von ihr ge-

führten städtischen Spitäler gegenüber den Landesspitälern, die über die GE-Spag (Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG) von der ÖVP kontrolliert werden, stärker getroffen werden. Die niedergelassenen Ärzte fordern ein Körbergeld: Mehr Ambulanzen (statt Spitalbetten) und die weitere Behandlung bei Hausarzt/ärztin.

Der Kahlschlag bei der Gesundheit zeigt auch, wo die Grünen stehen. Sie beschließen als Regierungspartei das Paket mit. Auf regionaler Ebene gibt es grüne Bezirksgruppen die dagegen sind – doch was werden sie tun? Wenn Grüne, oder auch SPÖlerInnen auf Ge-

meindeebene etwas gegen die Kürzungen bei der Gesundheit tun wollen, dann geht das nur in Fundamentalopposition zu ihren eigenen Parteien. Denn die SPÖ trägt auf Bundesebene die Verantwortung für ein Budget, das von den Ländern und Gemeinden – widerstandslos – umgesetzt wird.

**Jetzt mit dem ÖGB Widerstand wie in der Steiermark organisieren**

Die GESPAG und LH Pühringer versuchen mit Maulkorberlässen Kritik im Keim zu ersticken. Laut einer Hebamme eines betroffenen Spitals wird den MitarbeiterInnen mit ungünstiger Versetzung gedroht, falls sie Kritik an der Reform üben! Den ehrenamtlichen MitarbeiterInnen vom Roten Kreuz verbot LH Pühringer persönlich, im Dienst gegen die Einsparungen zu unterschreiben.

Trotzdem formiert sich breiter Widerstand. Schon Ende 2010 gab es in Linz Streiks im psychosozialen Dienst sowie eine gutbesuchte und kämpferische Demonstration. Allein in Gmunden wurden innerhalb von wenigen Tagen über 13.000 Unterschriften gegen die Spitalsreform gesammelt. Die SLP-Gmunden organisiert gemeinsam mit GegnerInnen Kundgebungen und Aktionen. In Schärding wurde die erste Demo für den Erhalt der Kinder- und Unfallstation organisiert. Auch in Linz, Braunau und Steyr wurden Unterschriften gesammelt.

Es gilt, wie in der Steiermark, gemeinsam mit dem ÖGB Proteste zu organisieren. Es wäre Aufgabe der Gewerkschaften, im Sinne der Beschäftigten in den Spitälern, aber auch der PatientInnen, in die Debatte einzutreten und Forderungen für eine echte Spitalsreform zu formulieren, die nicht vom Sparzwang diktiert sind, sondern zu einer Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Arbeitsbedingungen der Spitalsbeschäftigten führen. Der Sparplan der Landesregierung war entgegensezten. Und es ist jedem/r klar, dass das nicht das Ende der Einsparungen ist, sondern erst der Anfang.

**ÖH-Wahlen: Wählen alleine reicht nicht**

Von Georg Kummer, SLP-Wien

Vom 24. bis 26. Mai finden die ÖH-Wahlen statt. Die Anzahl an Massenaktionen nach der unibrennt-Bewegung ist zurückgegangen. Dennoch ist die Unzufriedenheit über die immer schlechteren finanziellen Lage, den immer stärkeren Druck während des Studiums und die oft unzumutbaren Zustände auf den Unis riesig. Immer wieder flackern Proteste auf wie bei der Internationalen Entwicklung – nach wie vor gibt es eine Schicht von Studierenden, die kämpfen will.

Das ist der Hintergrund, vor dem die ÖH-Wahlen stattfinden. Was bieten die einzelnen Fraktionen als Lösung? Eine kämpferische Strategie mit dem Ziel durch organisierten Widerstand im Rahmen von Massenprotesten Druck auf die Regierung zu erzeugen, ist den meisten ÖH-Fraktionen fremd. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass genau dieses Strategie die einzige Möglichkeit darstellt, um Verbesserungen zu erkämpfen. Nur durch wochenlange

Besetzungen und Demonstrationen konnte die unibrennt-Bewegung ein finanzielles Zugeständnis (wenn auch ein viel zu kleines) von der Regierung erzwingen.

**Verhandlungen sind keine Strategie**

Die angeblich linke Mehrheit von VSStÖ (SPÖ) und GRAS (Grüne), die die derzeitige ÖH-Koalition auf Bundesebene bilden, setzt auf Verhandlungen mit Rektorat und Ministerium. Dort stößt die ÖH aber immer an die Grenzen der Sachzwangslogik und kann so Verschlechterungen nur mitverwalten statt abzuwehren.

VSStÖ, GRAS, Fachschaftslisten, AG (ÖVP), usw. verstehen sich oft als Service-, bzw. Beratungsagenturen und betreiben eine Stellvertreterpolitik anstatt gemeinsam mit den Studierenden für Massenproteste zu mobilisieren. Die SLP ruft dazu auf, den jeweils linksten und kämpferischsten KandidatInnen bzw. Listen die Stimme zu geben – in den meisten Fällen wird das der

Kommunistische StudentInnenverband KSV sein.

**Organisieren statt bloß Kreuzerl machen**

Notwendig ist mehr, als in Verhandlungen zu erreichen ist:

- ▶ die tatsächliche Rücknahme aller Studiengebühren
- ▶ Zugangsbeschränkungen abschaffen
- ▶ Aufhebung des UOG 2002 und der Uni-Autonomie
- ▶ 10 Milliarden Euro zusätzlich für den Bildungsbereich
- ▶ ein Studierendeneinkommen, von dem mensch auch leben kann.

Manche dieser Forderungen finden sich auch bei den sog. linken Fraktionen wieder. Doch bieten sie keine kämpferische Strategie an, wie sie erreicht werden könnten. Trotz des riesigen Unmuts nützen VSStÖ und GRAS die enormen Mittel der ÖH nicht konsequent für Massenmobilisierung der StudentInnen. Ein Mittel dazu wäre ein

Aktionskonferenz mit Studierenden, Betriebsrätern, ArbeitnehmerInnen und ÖGB, auf der konkrete Schritte wie etwa Streiks und Besetzungen beschlossen werden um sich gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau zu wehren.

Die Haltung der ÖH kommt daher, dass die ÖH-Fraktionen letztlich auf Reformen innerhalb des Kapitalismus setzen. Ihr Denken und Agieren bleibt im Rahmen dieser Logik. Daher haben sie letztlich keine anderen Handlungsoptionen, als die, die VSStÖ und GRAS praktizieren: Verhandlungen mit der Regierung und über Reformen reden, aber ohne Strategie, diese zu erkämpfen. Die ÖH-Wahlen sind daher nur eine Möglichkeit, ein kleines Zeichen zu setzen. Doch wie immer die neue ÖH auch aussehen wird – viel wesentlicher sind die Zusammenschlüsse und Strukturen die von AktivistInnen in den letzten Jahren aufgebaut worden sind. Sie werden in den kommenden Studierendenbewegungen wahrscheinlich eine wichtigere Rolle spielen als die ÖH.

*ÖGB organisiert keine Streiks:*

# Auf die Basis ausreden gilt nicht!

Von Michael Gehmacher, SLP Wien und ehemaliger Betriebsrat

WelcheR linkeR BetriebsrätIn kennt das nicht? Wenn mit einem/r SpitzengewerkschafterIn über die Verschlechterungen diskutiert wird, die – zum Teil – vollkommen widerstandslos hingenommen wurden, kommt ein „Argument“ ganz sicher: „Wir würde eh gern kämpfen – aber leider die Leute in den Betrieben machen nicht mit.“

So mancheR BetriebsrätIn, so mancheR PersonalvertreterIn denkt dabei an die letzte – vielleicht schlecht besuchte – Betriebsversammlung und stimmt der Behauptung zu. Tatsächlich herrscht bei vielen BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen große Skepsis über Kampfbereitschaft und Mobilisierungsfähigkeit der Basis. Auf der anderen Seite der politischen Skala stehen linke AktivistInnen, die in ihrer Propaganda so tun, als würde es reichen, wenn die Gewerkschaftsspitze zum Streik ruft, um alle Betriebe lahm zu legen.

## Bei ernsten Protesten war die Basis immer da

In den letzten zehn Jahren ist bei jedem ernst gemeinten Aufruf die Gewerkschaftsbasis mitgegangen. Als 2001 Hans Salmutter von der blau-schwarzen Bundesregierung putsch- artig als Präsident der Sozialversicherung abgelöst wurde, beschloss der ÖGB eine Großdemonstration. Wenige Tage später demonstrierten mehr als 50.000 Menschen. Beim Postbusstreik 2002 wurde der Betriebsratsvorsitzende des Postbus ein Medienstar, weil er tat, was sich viele ArbeitnehmerInnen wünschten. Die Streiks 2003 waren mit über einer Million Beteiligung ein Beweis für



den Kampfwillen der KollegInnen. Auch alle ernst gemeinten Befragungen von Gewerkschaftsmitgliedern und die Urabstimmung 2001 zeigen, dass die meisten Gewerkschaftsmitglieder einen kämpferischeren Kurs wollen und bei einer Mobilisierung dabei wären. Aktuell in der Steiermark sind es die eigenständigen Aktivitäten, vor allem von Menschen aus dem Sozialbereich, die den ÖGB in den Kampf gezwungen haben.

Gewerkschaftslinker in der Verdi Baden-Württemberg haben die Streikmotive der Verdi-Mitglieder analysiert. Er hat festgestellt, dass die ArbeitnehmerInnen dann zu Streiks bereit sind, wenn sie das Gefühl haben, dass es „tatsächlich um etwas geht“. Auch in Österreich haben die Gewerkschaftsmitglieder ein feines Gespür dafür, ob tatsächlich gekämpft wird. So erklärt sich auch,

dass Demonstrationen zum Dampfablassen und zu Showzwecken eher nur von eingefleischten (und freigestellten) FunktionärInnen besucht werden.

## Niemand will Statist sein

Tatsächlich sind manche Menschen in den Betrieben passiv. Denn sie sehen die politische Rolle von BetriebsrätInnen und Gewerkschaften in der Sozialpartnerschaft. Sie engagieren sich nicht in der Gewerkschaft, weil sie damit keine Möglichkeit verbinden, ihre soziale Situation zu verbessern. Viele KollegInnen besuchen keine Betriebsversammlungen mehr, weil sie zu Recht das Gefühl haben, dass dort nichts Relevantes entschieden wird. Bei der ÖGB-Urabstimmung 2001 haben über 800.000 Menschen mitgemacht. Ihre Antwor-

ten wurden in einem großen „Altpapiercontainer“ entsorgt. Wenn Menschen zu StatistInnen degradiert werden, muss mensch sich nicht wundern, wenn sie dazu keine Lust mehr haben.

50 Jahre Sozialpartnerschaft haben eine ganze Generation mit einer passiven politischen Kultur geprägt. Viele Linke glauben, es muss wieder 50 Jahre dauern um das zu ändern. Aber die Streiks 2003 und die Entwicklung in der Steiermark zeigen, dass es viel schneller gehen kann.

## Einbinden, um zu aktivieren

Viele fragen sich zu recht, warum sie mutiger als ihre VertreterInnen sein sollen. Klar ist: Mit der Sozialpartnerschaft kann heute keine echte Lohnerhöhung und keine soziale Verbesserung erreicht werden. Wer

Steiermark: Widerstand gegen asoziales Sparbudget

## Streik ist logischer Schritt

Von Moritz Erkl, SLP Graz

25. März: 10 000 demonstrieren durch Graz gegen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich.

11. April: 5 000 bilden eine Menschenkette um das Grazer Landhaus mit alternativer Budgetrede.

26. April: Großdemonstration in Graz von Plattform 25 und ÖGB.

## Der Widerstand geht weiter!

Die Zusammenarbeit der Plattform 25 und des ÖGBs zeigt, dass selbst die verschlafene ÖGB-Führung bei Druck von unten Kampfmaßnahmen beschließen muss. Allen Fachgewerkschaften mobilisierten zur Großdemonstration am 26. April.

Im Vorfeld der Demonstrationen wurden Stimmen laut, die weitere Schritte forderten! Die SLP brachte mit ihrem lauten Block am 26. April, den Vorschlag nach Betriebsversammlungen und Streiks in den Betrieben ein. Demonstrationen und Menschenketten sind ein erster Ausdruck des Widerstands. Die Interessen von SPÖVP und ArbeiterInnen klaffen drastisch auseinander. Etwas Kompromisse („Fair Teilen!“) sind Ausdruck der Schwäche der Gewerkschaft – Wir können uns das einfach nicht leisten.

Der bürgerliche Standard berichtet: „Auch die Möglichkeit eines Generalstreiks soll von einzelnen ÖGB-lern bereits besprochen worden sein.“ Utopie? Nein: Notwendigkeit! Ein Streik kann im Gegensatz zu Demonstrationen schwer ausgesessen werden, denn die Beschäftigten entziehen das einzige, was Unternehmen und Regierung wirklich interessiert: die Arbeitskraft! Bei den Demonstrationen gab es bereits wichtige Schulterschlüsse zwischen verschiedenen Betroffenen – z.B. BetreuerInnen und KlientInnen/PatientInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich – das macht stark. Ein gemeinsamer – also „Generalstreik“ – ist folglich der nächste, legitime Schritt im Kampf gegen das steirische „Doppelbudget“ und auch notwendig, da er effektiv Kürzungen aufzuhalten vermag.

Der Kampf zeigt auch, dass keine der etablierten Parteien die ArbeiterInnen in der Steiermark vertritt. Es braucht eine Partei der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Studierenden, PensionistInnen, von Menschen mit Behinderung und Arbeitslosen gleichermaßen – dann können Sparpakete erfolgreich verhindert werden. Ansätze für solche Zusammenschlüsse sind bereits vorhanden und entwickeln sich in der Bewegung.

Von Albert Kropf, Berufsschullehrer

Seit Jahrzehnten wird auf politischer Ebene um die Bildung gestritten. Obwohl die Probleme seit langem bekannt sind, sind notwendige Reformen ausgeblieben. Aber nicht nur das. Anstatt die Schulen und Bildung endlich an die gesellschaftlichen Bedürfnisse anzupassen, wird der Bildungsbereich kaputt gespart.

## Alleingelassene Schulen

Ein Brennpunkt ist heute die Mehrsprachigkeit von immer mehr SchülerInnen. Statt das als Chance wahrzunehmen, zu fördern und die BegleitlehrerInnen in Klassen mit hohem Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund auszubauen, sowie die SchülerInnenzahlen zu senken, passiert das Gegenteil. BegleitlehrerInnen wurden unter Schwarz/Blau/Orange wegkürzt und die Schulen alleine gelassen. Mit allen negativen Folgen, die zum Teil erst auf uns zukommen werden.

## LehrerInnen sind schuld!?

Einig sind sich alle, dass im Schulbereich dringend was getan werden muss. Spätestens seit den Plänen um zwei Stunden Mehrarbeit für LehrerInnen.

Innen 2009 hat die Politik mit Hilfe der von ihr abhängigen Medien (Heute, Österreich, Krone, etc.) den LehrerInnen die Schuld zugeschoben. Es gibt kaum Berufsgruppen mit geringerem öffentlichen Ansehen. Der größte Handlungsbedarf wird ganz bewusst bei den LehrerInnen gesucht, damit sich die Politik aus der Verantwortung stehlen kann. Umgesetzt wird das gerade mit den Verhandlungen für ein neues LehrerInnen-Dienstrecht.

Fixpunkt scheint die Verlängerung der Arbeitszeit, konkret einerseits als Erhöhung der Lehrverpflichtung und andererseits als „Reservoir“ für die Nachmittagsbetreuung im Zug des Etikettenschwindels Ganztagschule. Geködert wird mit höherem Einstiegsgehalt und flacherer Gehaltsentwicklung – der Lebensverdienst soll aber niedriger sein als heute.

## Teile und teile und teile – und herrsche...

Das österreichische Schulsystem ist eines der am stärksten differenzierten in Europa. Diese Zerkleinerung setzt sich bei den LehrerInnen fort. Jeder Schultyp hat nicht nur einen, sondern oft mehrere eigene LehrerInnen-Typen mit eigener Ausbildung, die dann nur in „schmalen“

etwas erreichen will, muss sich überlegen, wie ein politischer Kampf gemeinsam mit den KollegInnen im Betrieb und auf der Straße geführt werden kann.

## Klassenkämpferische Opposition beginnt im Betrieb

Der Aufbau einer klassenkämpferischen Opposition beginnt im Betrieb. Läuft im Betrieb etwas falsch, dann muss das mit der Belegschaft besprochen und bekämpft werden. Forderungen zu Lohn, Arbeitszeit etc. sollen in der Betriebszeitung vorgestellt und einer Abstimmung unterzogen werden. Statt einer „One-Man-Show“ von meist freigestellten BetriebsrätInnen braucht es lebendige Diskussionen, an denen sich möglichst viele beteiligen. Auf Betriebsversammlungen müssen echte Entscheidungen über Ziele und Kampfformen getroffen und Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse durchgeführt werden. Die The menwahl darf sich nicht auf den Betrieb beschränken. Soziale Angriffe von Regierungen, Verschärfungen in der Ausländergesetzgebung oder Bildungsabbau betreffen die Beschäftigten genauso. Solche Themen sollten einen festen Platz in der politischen Arbeit im Betrieb haben. Auch die Zusammenarbeit mit Betriebs- und GewerkschaftskollegInnen die ähnlich denken um gemeinsam eine kämpferische und demokratische Gewerkschaftsbewegung aufzubauen ist Teil dieser Arbeit. Die Streiks im Sozialbereich in Oberösterreich und die Entwicklung in der Steiermark zeigen, dass die Gewerkschaftsmitglieder alles andere als passiv sind.

Neues Dienstrecht für LehrerInnen

## Über die Köpfe der Betroffenen hinweg

Bereichen einsetzbar sind. Einher gehen damit viele unterschiedliche Modelle der Lehrverpflichtungen und Bezahlung.

Es gibt daher auch von Seiten der LehrerInnen den Wunsch nach einer Vereinheitlichung bei Ausbildung, Entlohnung, Dienstrecht etc... Das „neue“ Dienstrecht wird das allerdings nicht einmal im Ansatz schaffen. Im Gegenteil, es zieht quer durch alle LehrerInnentypen eine neue Ebene der Spaltung ein. Die Gewerkschaft hat mit den Verhandlungen über das neue Dienstrecht die Lösung der Bildungsmisere großteils auf dem Rücken der LehrerInnen akzeptiert. Wir LehrerInnen selbst werden nicht gefragt.

## Steigender Druck und erhöhte Belastungen

Die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung wird weiter ausgeblendet. Druck und Belastungen werden durch die kommenden Verschlechterungen und Einsparungen für alle LehrerInnen noch größer werden. Mit dem neuen Dienstrecht sollen auch die Voraussetzungen für gemeinsamen Widerstand gegen Angriffe weiter verschlechtert werden. Darum braucht es Widerstand jetzt und von unten organisiert!

# “Revolutionen sind die

Eine revolutionäre Welle zieht sich durch den arabischen Raum. In Tunesien und Ägypten wurden Langzeitdiktatoren gestürzt. In Syrien, Libyen und dem Jemen gibt es seit Wochen Demonstrationen, Besetzung, Straßenschlachten und offenen BürgerInnenkrieg. Und auch in Europa – wie etwa in Frankreich – zittern die Herrschenden vor einem neuen „68“. Von Franz Neuhold, Laura Rafetseder, Helga Schröder, Alex Svojko und Karin Wottawa.

## Die Welt, in der wir leben

Ein Überblick über die Probleme macht klar, dass es tiefgreifende Veränderungen braucht: Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Kriege und menschlich verursachte Katastrophen sind keine unglücklichen Ausnahmen, sondern die Regel.

- Mit den derzeitigen Möglichkeiten, könnten 12 Milliarden ernährt werden, trotzdem sterben drei Millionen Kinder pro Jahr an Armut und Unterernährung.
- In Lateinamerika haben drei Millionen Menschen seit Anfang 2009 ihren Job verloren.
- In Spanien haben 63% der unter 19-jährigen keinen Job.
- Im Zuge der Wirtschaftskrise werden einmal mehr Banken auf Kosten der Bevölkerung gerettet.
- Atomkonzerne zerstören die Umwelt und sind verantwortlich für Tote und Probleme für Generationen. Der Profit ist privatisiert, Risiko und Kosten vergesellschaftet.
- Demokratie ist für die Mehrheit der Menschen ein Fremdwort, sie werden verfolgt, wenn sie sich für ihre Rechte einsetzen.

## „So kann es nicht weitergehen“

Der Mythos „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ zerbricht. Umfragen zeigen den Wunsch nach Veränderung. Die Ziele sind ziemlich einheitlich: eine sichere Zukunft ohne Armut, Krieg und Umweltzerstörung, eine demokratische Gesellschaft ohne Unterdrückung.

Seit Monaten gehen Menschen in der arabischen Welt auf die Straße. Die Bewegung in Ägypten hat anhand sozialer Fragen begonnen – 24% der Männer zwischen 18 und 29 Jahren sind arbeitslos, bei den Frauen sind es gar 80%. Dazu kam ein Regime, das die Bevölkerung mehr als 30 Jahre lang unterdrückt hat. Die Situation in anderen arabischen Ländern ist ähnlich. Die aktuelle wirtschaftliche Krise hat die soziale Situation zusätzlich verschärft, u.a. durch steigende Lebensmittelpreise.

## Die Geschichte ist reich an Revolutionen

Die Menschheitsgeschichte ist reich an revolutionären Veränderungen. Nicht zuletzt der Kapitalismus selbst musste sich über vielfältige revolutionäre Prozesse gegen den Feudalismus durchsetzen. Die Voraussetzungen für eine Revolution werden von den Entwicklungen der Produktivkräfte (Effizienz der menschlichen Arbeitskraft und ihrer Werkzeuge, verfügbare Ressourcen, Stand der Technik allgemein) geschaffen. Ob es zu einer Revolution kommt oder nicht ist also nie beliebig. Die Widersprüche in der Gesellschaft spalten sich so zu, dass es einfach nicht so weitergehen kann wie bisher. Dies gilt vorrangig für die sozialen und Besitz-Verhältnisse. Es kann aber auch den Sturz festgefahrener politischer Macht (Diktaturen) betreffen.

## Die Widersprüche werden unüberwindbar

Die Revolutionen in Ägypten und Tunesien werden von den Herrschenden heruntergespielt, aus Angst vor einem Dominoeffekt. Denn der Begriff „Revolution“ ist positiv besetzt – er drückt Dynamik und Verbesserung aus. Daher nennen die Herrschenden Revolutionen nur dann Revolutionen wenn es ihnen in den Kram passt.

Revolutionen sind die berechtigte Antwort einer (oder mehrerer) unterdrückter Klassen auf unhaltbare Zustände. Revolutionen fallen nicht vom Himmel und werden auch nicht von kleinen Gruppen in dunklen Hinterzimmern geplant und entworfen. Sie sind das Ergebnis realer Umstände und Kräfteverhältnisse. Nicht jede große Bewegung (wie z.B. in Österreich im Jahr 2000) und nicht jeder Generalstreik (wie in Griechenland gegen die Sparpakte) führt zur Revolution – doch beides ist wichtiger Bestandteil.

Wenn sich die gesellschaftlichen Widersprüche immer stärker zuspitzen dann gehen die Massenbewegungen weiter. Es bilden sich neue und sehr demokratische Strukturen und die Menschen nehmen im wahrsten Sinne des Wortes ihr Schicksal in die eigenen Hände. Wie 1917 in Russland haben sich 1918 heimkehrende Soldaten und ArbeiterInnen in Österreich, Deutschland und Ungarn in Komitees („Räten“) zusammengeschlossen. Als 2001 die Wirtschaft in Argentinien völlig zusammenbrach, organisierten sich die Menschen ebenfalls in Basisstrukturen um die Verteilung der Lebensmittel zu organisieren. 2011 wurde am Tahrir-Platz in Kairo die medizinische Versorgung, die politischen Debatten, die Ernährung und die Verteidigung gegen das Regime gemeinsam organisiert. Die Entwicklungen verlaufen oft weit demokratischer als im Parlamentarismus. Die Menschen wählen sich ihre VertreterInnen – und wählen sie auch wieder ab, wenn sie unzufrieden sind damit, was diese tun. All das spielt sich gerade vor unseren Augen ab.

Ein Lernprozess findet statt, der alles bisher als „sicher“ und „natürlich“ Hingenommene plötzlich in Frage stellt. In Ägypten haben ChristInnen und MuslimInnen, Männer und Frauen gemeinsam gekämpft. Scheinbar unüberwindliche Spaltungen waren plötzlich weg.

## Die Gesellschaft ist gespalten

Das Gefühl, dass es so nicht weitergehen kann erfasst auch die Mittelschichten (Kleingewerbetreibende, Beamte,...) die sehen, dass das bisherige Regime für sie keine Zukunft bietet. In der Deutschen Revolution (1918) waren viele „KleinbürgerInnen“ aktiv – auch auf Seiten der SozialistInnen und KommunistInnen. Doch diese Entwicklung war keine Einbahnstraße: Als die Revolution (mit Unterstützung der Sozialdemokratie) niedergeschlagen war und die Wirtschaftskrise der 1920er Jahre das Land erfasste, wurde genau dieses Kleinbürgertum zur sozialen Basis des Faschismus. Deshalb sprachen die deutschen Faschisten auch von der „nationalen Revolution“. Dies war der noch vor-

## Leo Trotzki

Der sozialistische Revolutionär Leo Trotzki schrieb in „Porträt des Nationalsozialismus“ im Juni 1933: „Die Nazis geben ihrem Umsturz den usurpierten Namen Revolution. In Wirklichkeit lässt der Faschismus in Deutschland wie auch in Italien die Gesellschaftsordnung unangetastet. Hitlers Umsturz hat, isoliert betrachtet, nicht einmal Recht auf den Namen Konterrevolution. Aber man darf ihn nicht abgesondert sehen, er ist die Vollendung des Kreislaufs von Erschütterungen, der in Deutschland 1918 begann. Die Novemberrevolution, die die Macht den Arbeiter- und Soldatenräten übergab, war in ihrer Grundtendenz proletarisch. Doch die an der Spitze der Arbeiterschaft stehende Partei gab die Macht dem Bürgertum zurück. In diesem Sinne eröffnete die Sozialdemokratie die Ära der Konterrevolution, ehe es der Revolution gelang, ihr Werk zu vollenden. ... Hitlers Umsturz ist nur das Schlussglied in der Kette der konterrevolutionären Verschiebungen.“

handenen Stärke der ArbeiterInnen-Bewegung geschuldet. Um bedeutende Teile der verarmten Mittelschichten an sich zu binden, mussten die Nazis „Antworten“ auf die Probleme geben.

Der bisher herrschenden Klasse bricht die Basis weg, wenn sich Teile ihres Verwaltungs- und sogar Militäraparates auf Seiten der Aufständischen stellen. In Tunesien z.B. weigerte sich das Militär, auf die DemonstrantInnen zu schießen.

Dann erkennt auch die herrschende Klasse, dass sie auf einem Pulverfass sitzt. Sie will an der Macht bleiben, ist aber uneins, wie. In Libyen setzt ein Teil auf ein Bündnis mit dem Westen, ein anderer auf brutale Repression. Die zögerlichen Zugeständnisse in z.B. Jemen wie auch die Repression in z.B. Syrien haben die Massen nur noch mehr angespornt. Mit zunehmendem Druck der Massen haben sich immer mehr Risse und Konflikte in der herrschenden Klasse selbst aufgetan. Das ist Ausdruck dafür, dass die gesellschaftlichen Widersprüche zu groß geworden sind und überwunden werden müssen.

## Sie klammern sich an ihre Privilegien

Wenn sich Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzen, dann verteidigen jene die an den Hebeln der Macht sitzen ihre Macht und Privilegien mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. 1871 hatten ArbeiterInnen in Paris das erste Mal die Macht ergriffen. Es wurde eine Regierung aus ArbeiterInnen oder deren VertreterInnen gegründet, die Polizei ihrer Macht entthoben. Die Kirche wurde enteignet und verlor Einfluss und Privilegien. Erstmals regierte die Mehrheit. Die Strukturen der Pariser Kommune waren zutiefst demokratisch. Es gab jederzeit wählbare und abwählbare Beamte, freien Zugang zu Bildung und Wissenschaft und demokratische Strukturen in der Verwaltung. Die Nutznießer der alten Ordnung (Kirche, UnternehmerInnen etc.) schlügen – unterstützt aus Deutschland, mit dem sie gera-

de noch im Krieg gelegen hatten – die sich entwickelnde Arbeiterdemokratie nieder. 20.30.000 „Kommunarden“ wurden bei Racheaktionen erschossen.

1918 ließ eine „sozialdemokratische“ Regierung in Deutschland auf ArbeiterInnen und Matrosen schießen weil sie mehr wollten, als alle paar Jahre ihr Kreuz auf einem Stimmzettel zu machen. In Deutschland, Österreich, Spanien, Ungarn und vielen anderen Ländern verbündeten sich UnternehmerInnen, Kirche und GroßgrundbesitzerInnen mit faschistischen Schlägertrupps und Parteien, um gegen die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung vorzugehen. Im Chile der 1970er Jahre hoffte der sozialistische Präsident Allende das Militär zu neutralisieren, indem er General Pinochet ins Kabinett holte. Pinochet wurde dadurch nicht geächtet, sondern stand 1973 an der Spitze eines Militärputsches. Zehntausende Menschen wurden verfolgt, ermordet oder mussten ins Exil. Auch aktuelle Beispiele zeigen, dass die „Staatsmacht“ nicht „neutral“ oder auf Seiten der „StaatsbürgerInnen“ ist. In Österreich wurden DemonstrantInnen von der Polizei aus der Hainburger Au vertrieben, weil sie gegen das geplante Kraftwerk eintraten. Die Polizei schützt aber nicht die DemonstrantInnen, sondern griff im Fall Stuttgart 21 sogar Kinder- und Jugendliche mit Schlagstöcken und Wasserwerfern an.

Das Bild von der „blutigen Revolution“ stimmt also nicht. In der blutigsten Phase der Französischen Revolution (der bedeutendsten bürgerlichen Revolution) starben weniger Menschen als in den Hungersnöten zuvor, die das Ergebnis des Feudalismus waren. Und die russische Revolution 1917 ging ohne großes Blutvergießen über die Bühne. Hunderttausende Tote gab es allerdings im folgenden Bürgerkrieg, als Armeen aus 21 Ländern das Land überfielen, weil sie das Beispiel eines Landes, in dem der Kapitalismus gestürzt worden war, vernichten wollten und Angst vor der weltweiten Signalwirkung hatten. Viele Augenzeugenberichte von Revolutionen in Spanien, Deutschland, Frankreich etc. berichten nicht nur über die freie, solidarische Atmosphäre, sondern auch über den Rückgang der Kriminalität und die Sicherheit, weil die Menschen sich selbst organisierten.

## Nicht auf halbem Wege stehen bleiben

1998 kam es in Indonesien zu revolutionären Erhebungen. Studierende, ArbeiterInnen und die Mittelschicht protestierten Monatelang für „Reformasi“. Der Diktator Suharto musste gehen – doch die elenden Lebensumstände blieben ebenso wie die Unterdrückung nationaler Minderheiten und der Einfluss des Militärs. Auch in Ägypten besteht die Gefahr, dass das Militär die Macht völlig an sich reißt. Die Menschen sind für Demokratie und eine Verbesserung ihres Lebens auf die Straße gegangen. Sie wollen einen Job, eine Zukunft, eine Perspektive. Doch das können und wollen ihnen die neuen Machthaber nicht geben. In Ägypten z.B. steht die (neue=alte) herrschende Klasse, also die Spitzen des Militärs und eine kleine Schicht an KapitalistInnen, in starker Abhängigkeit von

# Lokomotive der Geschichte”

*Karl Marx*



Investitionen aus dem Ausland. Nach dem Sturz von Mubarak haben sie umgehend die Proteste für „beendet“ erklärt und sind mit Repression gegen Demonstrationen vorgegangen.

Die Grundfrage ist: Können sich die ArbeiterInnen und die unterdrückten Massen in den arabischen Ländern auf längerfristige Erfolge im Rahmen des Kapitalismus einstellen? Dazu müssten die dort herrschenden Klassen die feudalen Elemente des Landes überwinden. Doch dazu haben sie sich in der Vergangenheit stets als Unfähig erwiesen.

#### Totgesagte leben länger: Die ArbeiterInnenklasse

Grundlegende demokratische Rechte wie Pressefreiheit, Wahlen und Landverteilung wurden in Europa und den USA durch die „bürgerlichen Revolutionen“, die dem Kapitalismus zum Durchbruch verholfen haben, erreicht. Der russische Revolutionär Leo Trotzki hat Anfang des 20. Jahrhunderts analysiert, dass in jenen Ländern, in denen die kapitalistische Entwicklung verspätet erfolgt ist und die bürgerliche Klasse daher schwach und vom Ausland abhängig ist, diese nicht in der Lage ist, wirkliche Demokratie zu erlangen. Deshalb ist z.B. die Landverteilung in Lateinamerika heute noch so ungerecht wie zu Zeiten des Kolonialismus. In Bürgerkriegsländern wie z.B. der Elfenbeinküste kommen die Anführer beider Kriegsparteien aus der herrschenden Schicht und sind mehr oder weniger mit dem Ausland verbunden. Ihnen geht es um ihre eigene Macht und z.B. nicht darum, den Reichtum des Landes für die Menschen, die dort leben zu nützen. Eine andere Klasse muss diese Aufgaben also übernehmen.

Ein entscheidender Faktor in Tunesien und Ägypten war das organisierte Eintreten der ArbeiterInnenklasse. In Ägypten gab es in den Tagen vor dem Fall Mubaraks (und danach) eine Welle von Streiks, in Tunesien konnten ArbeiterInnen den korrupten Gewerkschaftsbund zwingen, einen Generalstreik auszurufen. In Libyen hingegen ist die ArbeiterInnenklasse noch nicht als solche aufgetreten – auch ein Grund für die schwierige Situation im Land.

#### Aber muss es gleich so radikal sein?

„Kann mensch nicht versuchen den Kapitalismus zu verbessern? Durch Reformen zum Beispiel?“ Einerseits sind Reformen wie die Ar-

beitszeitverkürzung, das Verbot der Kinderarbeit, die Fristenlösung etc. wichtig. Sie sind allerdings nicht das Ergebnis einer genialen Verhandlungstaktik, sondern von Kampfbereitschaft. Andererseits kann die Regierung nicht auf brutale Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse verzichten. In einer Situation der Krise stoßen selbst begrenzte Forderungen nach Verbesserungen, z.B. nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sofort auf erbitterten Widerstand von Seiten der KapitalistInnen, weil das ihre Profite schmälert. Sie sprengen unter den gegebenen Bedingungen die Grenzen des Systems. Die ArbeiterInnenklasse kann diese Situation aber nicht akzeptieren. Ein letztlich unüberwindbarer Widerspruch.

In der portugiesischen Nelkenrevolution 1974 wurde eine Diktatur gestürzt und die linke Regierung führte eine Reihe von sozialen Verbesserungen ein. Heute führt die portugiesische Regierung ein brutales Sparpaket durch. Die liberale Bourgeoisie, die mit einer Hand Reformen gibt, nimmt sie mit der anderen Hand immer wieder zurück, hielte Lenin fest.

Die Antwort ist also nicht „Reform ODER Revolution“, sondern muss heißen „Reform UND Revolution“, auch wenn MarxistInnen die Begrenztheit von Reformen sehen, sind sie doch die entschiedensten KämpferInnen für Verbesserungen. Denn dafür ist eine Alternative zur kapitalistischen Sachzwangslogik nötig.

#### Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg hat erklärt, dass „zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang besteht, indem der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist. Sie meint damit, dass – ganz abgesehen von der gegenwärtigen materiellen Verbesserung der Lage der Werkstattägen der ständige Kampf für Reformen das Klassenbewusstsein schärfen und eine wichtige Schule für die ArbeiterInnenklasse sein kann. Wenn die Polizei einen Streik angreift, wenn demonstrierende Jugendliche mit Strafen belegt werden, wenn Menschen, die gegen Abschiebung kämpfen kriminalisiert werden – dann zeigt dieser Kampf für Reformen rasch die Grenzen des Systems auf und ist so auch ein wichtiger Lernprozess im Hinblick auf revolutionäre Umwälzung.“

#### Was ist die ArbeiterInnenklasse?

Dieser Begriff darf nicht auf das veraltete Bild eines Stahl- oder Fabrikarbeiters reduziert werden. Er hat nichts mit der Art der Arbeit oder damit zu tun, dass es sich um körperliche Arbeit handelt. Dieser Begriff bezeichnet auch nicht irgendeine schlecht gebildete, unterprivilegierte Schicht. Vielmehr besteht die ArbeiterInnenklasse aus allen Menschen, die kein Kapital haben, von dem sie leben können, also von Job oder Sozialleistungen abhängig sind. Egal ob Billakassiererin, Bauarbeiter oder TechnikerIn, allen ArbeiterInnen (hier unterscheiden wir nicht zwischen „Angestellten“ und „ArbeiterInnen“) ist gemeinsam, dass sie nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Zur ArbeiterInnenklasse gehören auch PensionistInnen, Studierende, SchülerInnen, Erwerbslose, prekär Beschäftigte, Scheinselbständige deren sozialer Background in der ArbeiterInnenklasse ist. Zur ArbeiterInnenklasse gehören Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer rechtlichen Arbeitssituation.

#### Ohne sie gelingt es nicht: Die revolutionäre Partei

Die Menschen am Tahrir-Platz haben ihre Revolution gewonnen – doch nun wird sie ihnen vom Militär gestohlen. Denn es gibt keine Kraft, die Lehren der Vergangenheit einbringt, entschlossen den Kampf weiterführt, die Kräfte bündelt und die nächsten Schritte vorschlägt. In den Revolutionen, die erfolgreich waren, gab es eine solche Kraft – eine revolutionäre Massenpartei. Sie ist die letzte, aber entscheidende Zutat für einen erfolgreichen Sturz des Kapitalismus.

In Tunesien sind in den letzten Monaten dutzende neuer Parteien entstanden. Es ist gut, sich zu organisieren. Doch die Teilnahme am parlamentarisch-demokratischen Prozess reicht nicht aus, um hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Eine neue Verfassung in Ägypten wird die ungleiche Verteilung des Reichtums nicht beenden.

Wenn es keine revolutionäre Partei gibt, dann können andere Kräfte dieses Vakuum füllen. Prokapitalistische oder gar reaktionäre Kräfte (wie z.B. die Mullahs im Iran 1979) können die Revolution in andere Bahnen lenken. Aktuell versucht der islamische Fundamentalismus sich als Speerspitze revolutionärer Veränderung auszugeben. Die Ereignisse in Nordafrika und dem Nahen Osten haben jedoch belegt, dass die

#### Und wo soll es hingehen?

Viele sagen: Revolution – und was dann? Aufgrund der Erfahrung mit dem Stalinismus („Ostblock“) verharren viele in der Angst, eine Systemumwälzung könnte vielleicht noch Schlimmeres bringen.

Der Kapitalismus muss ersetzt werden durch ein System, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und eine demokratische Produktionsweise als Grundlage hat. In einer wirklich sozialistischen Gesellschaft werden Technologie, Innovation, Forschung, Bildung und Ressourcen zugunsten aller verwendet. Sobald es nicht mehr auf Profite sondern auf die Bedürfnisse aller ankommt, erledigt sich alles, was derzeit Menschen und Umwelt schadet. Es könnte endlich nachhaltig, sinnvoll, ökologisch und zugunsten aller gearbeitet werden. Anstelle eines anarchischen Marktes tritt eine demokratisch geplante und kontrollierte Wirtschaft. Die

islamistischen Führer ein Teil jenes reaktionären Geflechts sind, welches von den sich entwickelnden Massenbewegungen aufgelöst werden muss.

#### Hier bei uns – ja ist denn das möglich?

Im 20. Jahrhundert gab es viele Revolutionen. In Frankreich 1968 oder Portugal 1974 gab es Massenparteien der ArbeiterInnenklasse und ein sozialistisches Massenbewusstsein. Aber es fehlte die revolutionäre Partei und die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien haben dem Kapitalismus den Hals gerettet. Dieselbe Aufgabe übernahm die Sozialdemokratie 1918 in Österreich.

Heute deutet vieles darauf hin, dass wir uns auch in Europa und den USA auf neue revolutionäre Situationen einstellen können – nicht nur in der „3. Welt“. Der Kapitalismus befindet sich immer noch in der schwersten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren. Die Streiks und Generalstreiks in Griechenland, Frankreich, Spanien, Portugal und Irland, aber auch in den USA, sind Vorboten der Periode die vor uns steht. Die fehlenden Zutaten – breite ArbeiterInnenparteien und sozialistisches Bewusstsein – können in Kämpfen entstehen. Eine wichtige Vorbereitung darauf ist der Aufbau einer revolutionären Partei – das ist die Arbeit des CWI.

Selbstverwaltung in Argentinien, aber sogar bei den Unbesetzungen 2009 zeigen, dass Menschen die Wirtschaft selbst organisieren können. In Ägypten

haben sich im Zuge der Revolution Komitees gebildet, die Fragen der täglichen Versorgungen organisiert haben. Genauso würden Komitees in Betrieben, Nachbarschaften, Schulen etc. die Produktion demokratisch verwalten und kontrollieren. Und die demokratischen Strukturen, die in diesen Prozessen entstehen sind die Grundlage für eine echte, demokratische sozialistische Gesellschaft. Nicht wie in den stalinistischen Staaten eine Bürokratie würde entscheiden. Sondern die Beschäftigten mit auf allen Ebenen gewählten Vertretern, die jederzeit wähl- und abwählbar sowie rechenschaftspflichtig sind, nicht mehr verdienen als ihre KollegInnen und keinerlei Privilegien haben.



## “Und dann ist ein Schuss gefallen...”

*Interview mit Leo (Name v. d. Red. geändert), den die Polizei beim Sprayen erwischte.*

*Die Polizei hat dich beim Sprayen aufgegriffen. Wann und wo ist das passiert?*

In der Nacht vom 15. auf den 16. Jänner. Wir sprayten an die Mauer des Sternwarteparks in Währing, in Wien.

*Und was habt ihr gesprayt?*

Einen Schriftzug, „ANTIFA“, in vier Farben, richtig schön.

*Was ist dann passiert?*

Kurz bevor wir fertig geworden sind, kam die Polizei. Muss so um Mitternacht gewesen sein. Ganz plötzlich waren sie da. Ich bin weg gelaufen, da hörte ich „Burschen, Stehenbleiben!“. Dann ist ein Schuss gefallen, laut Polizei „ins lockere Erdreich“ oder so.

*Die Polizei hat also geschossen. Wie ging es dir dabei?*

Ich hatte riesige Angst und bin nur

noch schneller gelaufen. Ist ja klar: wenn du einen Schuss hörst, willst du nur weg, egal wer da schießt. Schließlich hat mich ein Polizist gekriegt und niedergedröhrt. Als ich aufblickte und mich bewegen wollte, hielt mir der Polizist die gezogene Waffe vor.

*Wie hat die Polizei sich dann verhalten?*

Sie haben uns auf Waffen durchsucht, natürlich hatten wir keine. Nur mein Nietenarmband wurde komischerweise als „gefährlich“ eingestuft. Dann wurden wir zur Polizeistation gebracht. Sie haben uns getrennt, so dass wir keinen Kontakt zueinander aufnehmen konnten. Mein Handy wurde mir weggenommen. Auf dem Revier verhörten sie mich. Ich weiß nicht, wie lange, aber es kam mir vor wie eine Ewigkeit. Sie verhörten mich ohne meine Eltern, obwohl ich erst 13 bin. Dann kam meine Mutter und das Verhör ging von vorne los. Schließlich durfte ich nach Hause gehen.



## Jung. Sozialistisch?

*Wo geht mensch als sozialistischeR JugendlicheR hin?*

Von Yanna Ndiaye & Sedef Yavuz,  
SLP-Jugend

Jedes Jahr findet am 30. April der Fackelzug der Sozialistischen Jugend (SJ), der Jugendorganisation der SPÖ, statt. Dieses Mal unter dem Motto „Rassismus raus aus den Köpfen“. Wie er überhaupt da reingekommen ist, wird nicht behandelt. Rassismus ist keine Krankheit, die sich in den Köpfen festsetzt. Er wird dort stärker, wo soziale Probleme zunehmen und Sündenbänke gebraucht werden. Die sozialen Probleme werden so nicht gelöst. Es sind eben nicht „die Ausländer“ schuld. Sondern ein System, in dem in Österreich 1% der Bevölkerung 27% des Reichtums besitzt, während eine Million Menschen an oder unter der Armutsgrenze leben – der Kapitalismus eben.

**Es gab viele Versuche, die SPÖ nach links zu drücken...**

Soll der Rassismus bekämpft werden, müssen wir seinen Nährboden abschaffen. Darüber sind sich junge SozialistInnen schnell einig. Viele linke Jugendliche gehen zuerst zur SJ. Sie hat viel Geld (von der SPÖ) und kann daher groß auftreten, Seminare anbieten, etc.

Mit dem Sozialismus ist es in der Praxis nicht weit her: Sozialdemokratische Ideen gehen davon aus, den Kapitalismus zu „reformieren“, ihn Schritt für Schritt netter zu machen, bis wir im Sozialismus landen. Das hat bloß nie funktioniert. Im Gegenteil, das hat bedeutet, den ganzen Zirkus mitzutragen, mit reaktionären Kräften zu koalieren und immer mehr Kompromisse zu machen. Die SPÖ selbst hat mittlerweile

endgültig Seiten gewechselt. Sie will das System lediglich besser verwalten als ÖVP oder FPÖ. Sie betreibt Sozialabbau und trägt sämtliche (!) rassistische Gesetze mit.

Kann mensch innerhalb so einer Organisation für eine andere Gesellschaft kämpfen? Es gibt Initiativen in der SJ, die sich gegen die Politik der SPÖ wenden. Die GenossInnen müssen aber auch bilanzieren, ob sie ihrem Ziel näher kommen oder sich weg bewegen. Seit Jahrzehnten sehen wir immer wieder linke Initiativen in der SJ und der SPÖ, keine hat die SPÖ auch nur einen Millimeter nach links gerückt.

Wer wirklich sozialistisch aktiv sein will, wird bald vor die Wahl gestellt: Sich der SPÖ-Bürokratie anzupassen oder letztlich sich in einer wirklich sozialistischen Organisation zu organisieren. Viele junge AktivistInnen der SLP haben sich zuerst die SJ angeschaut, haben aber gemerkt, dass sie ihre Ziele dort nicht umsetzen können.

**... und alle sind gescheitert**

Wir glauben nicht, dass die SJ die SPÖ zurückgewinnen kann. Tatsächlich hinkt sie damit dem Bewusstsein vieler Jugendlicher hinterher, die vollkommen zurecht der Meinung sind, dass die etablierten Parteien eh alle mehr oder weniger gleich sind. Deswegen wollen wir eine tatsächlich sozialistische Organisation aufbauen. Eine Organisation, die keine Wahlwerbung für die Regierung macht. Und eine Organisation, deren Jugendstruktur keine Angst haben muss, dass ihr der Geldhahn zugedreht wird, wenn sie wirklich sozialistische Politik macht.

## DIE SLP-TREFFPUNKTE

### GMUNDEN

jeweils Freitag, 17.00 Uhr,  
„Wiener Café“, Esplanade Gmunden

### GRAZ

jeweils Mittwoch, 18.00 Uhr,  
„Stockwerk“, Jakominplatz 18

### LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

### SALZBURG-STADT

jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,  
„Shakespeare“, Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

### WIEN

SLP-Jugendgruppe  
Jeden Montag um 18.30  
„Amerlinghaus“  
7.; Stiftg.8

### SLP-Ortsgruppe

Jeden Mittwoch um 18.30  
„Pizzeria La Piazza“  
20.; Gaußplatz 7

### SLP-Ortsgruppe

Jeden Donnerstag um 19.30  
„Spielbar“  
8.; Ledererg. 26

### SLP-Ortsgruppe

Jeden Donnerstag um 19.00  
„Gasthaus Zypresse“  
7.; Westbahnstr./Kaiserstr.

*In ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?  
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles  
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.*

**Jetzt Abo  
bestellen!**



Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort  
„Abo“ nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen  
ohne eigenes Einkommen  
EUR 10,00

\* Normalpreis  
EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

### ALLES INKLUSIVE

**Unsere Arbeit kostet Geld.**  
Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerlauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. Einfach einzahlen auf

**PSK 8812.733**

## SLP goes Budapest: Flugblätter gingen wie die warmen Semmeln...

Von Margarita Döller, SLP Wien

Im April setzte die SLP die erfolgreichen Aktivitäten gegen Atomkraftwerke fort. Die Vertretung der internationalen Atomenergiebehörde befindet sich ja praktischerweise in Wien in der UNO-City und bietet Anlass für Kundgebungen. Gemeinsam mit Anti-AKW-AktivistInnen wurden Kundgebungen organisiert. Am 25. April beteiligten wir uns in Salzburg und Wien an den Protesten zum Jahrestag des Unglücks von Tschernobyl und zwar mit der Forderung „Atommaffia enteignen!“.

### Mobilisierungen gegen Kürzungen

In der Steiermark spiegelte sich die erfolgreiche Intervention auf der Demo im März auch im Besuch unserer Ortsgruppe in Graz wieder. Unsere GenossInnen aus Wien waren begeistert von der Anti-Sparpaket Demo in Graz: „10.000 Leute mit kämpferischer Stim-

mung!“ (facebook posting) wir konnten in Graz im April ein neues Mitglied gewinnen, das gemeinsam mit GenossInnen aus anderen Bundesländern, einen dynamischen Block auf der ÖGB-Demonstration am 26. April bildete. Das Motto unserseits lautet: „Widerstand, überall - Bringt das Sparpaket zu Fall!“

Bei der internationalen Gewerkschaftsdemonstration in Budapest am 9. April nahmen CWI-Mitglieder aus Österreich und Ungarn teil – und verteilten das einzige (!) politische Material, das auf der Demo zu haben war. Die UngarInnen rissen uns die Flugblätter buchstäblich aus den Händen. Weil sie wie die „warmen Semmeln“ gingen, mussten wir sogar nachproduzieren.

### Linke Stadtverschönerung = Nazismierereien entfernen!

In der Osterwoche entfernten zwei Genossen in Wien einen Bodenkrei-

den-Schriftzug „Freiheit für Küssel“ von der Mariahilferstraße. Ersetzt wurde der Text durch „Hier wurde Nazi-Propaganda entfernt. SLP“ ersetzt. Die Stadtverschönerer posteten daraufhin: „Fühlst sich gut an. Kein Stück Straße für Nazis, außer in ihrem Gesicht.“ Doch es fühlt sich nicht nur gut an, sondern ist auch ein Zeichen gegen rechts. Gottfried Küssel & Co. sind gefährlich. Antifaschismus muss Praxis werden – Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen, deswegen darf mensch nicht einfach weg schauen.

### „Wir wollen uns auch kaufen lassen!“

Unter diesem Motto machte die Jugendortsgruppe in Wien eine außerst unterhaltsame Aktion auf der Mariahilferstraße vor dem Einkaufszentrum La Stafa. Verkleidet als PolitikerInnen im Anzug und mit Krawatte, boten sie sich den PassantInnen zum Kauf an.

Nach den Schlagzeilen von Grasser, Strasser & Co ist Korruption ein großes Thema.

Unsere Forderungen: Offenlegung aller Einkommen von PolitikerInnen und Parteien, Gegen jede Art von Privilegien und Durchschnittslohn für PolitikerInnen.

Die Resonanz war gut und die GenossInnen hatten dabei auch ihren Spaß. So kann politische Arbeit auch aussehen...

**8. Mai 2011**

Fahr mit uns zur

### Befreiungsfeier

ins ehemalige Konzentrationslager nach Mauthausen!

Nähtere Informationen unter  
01/524 63 10 bzw. www.slp.at

**PSK 8812.733**

**Neues aus dem CWI**

Von Lukas Kastner,  
SLP Salzburg

**Finnland:  
Widerstand gegen rechte Hetzer**

Am 17. April erlangte die rechtsextreme Partei „Wahre Finnen“ bei den Parlamentswahlen 19%. Damit ist drittstärkste Kraft. Der enorme Stimmenzuwachs ist ein Ausdruck für einen Mangel an Alternativen in der politischen Landschaft Finlands. Die Krise wurde auch in Finnland von der bäuerlich-liberalen Regierung auf die Bevölkerung abgewälzt, Kündigungen und Sozialabbau waren die Folge. Den allgemeinen Unmut über die etablierten Regierungsparteien machte sich die Wahre Finnen Partei zu Nutze und punktete mit besonders migrantInnenfeindlicher Politik. Die rechts-populistische Partei nützte sie als Sündenbock für Verschlechterungen im Gesundheits-, Bildungs- oder Sozialsystem.

Aber es gibt auch Widerstand dagegen. Am 12. April gab es in der nordfinnischen Stadt Oulu eine von SozialistInnen Vaitoeho (CWI-UnterstützerInnen in Finnland) und Rättvispartiet Socialisterna (CWI Schweden) organisierte Demonstration, die immerhin für Schlagzeilen im lokalen Radio sorgte. Anschließend fand eine Versammlung unter dem Motto: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus“ statt. Es ist notwendig, im Kampf gegen Rassismus auf soziale Forderungen einzugehen, um die Spaltung in sogenannte InländerInnen und MigrantInnen zu bekämpfen und gemeinsam Proteste gegen Kapitalismus und Rassismus zu organisieren.

**Britannien:  
Kampf gegen Kürzungen**

Am 26. März sah Britannien eine Massendemonstration gegen die geplanten Kürzungen. Monatelang hatte der britische Gewerkschaftsbund die Demonstration hinausgezögert – nun gingen 700 000 – vor allem ArbeiterInnen – auf die Straße. Die Proteste sind Teil der Anti-Cuts-Campaign, die führende GewerkschaftsaktivistInnen, SozialistInnen und unorganisierte ArbeiterInnen umfasst. Die Intervention der Socialist Party (CWI England & Wales) auf der Demo: 66 Infotische wurden betreut, ca. 350 GenossInnen waren im Einsatz. Obwohl die SP als einzige Organisation ihre Zeitung verkaufte und nicht verschenkte, fand sie reißenden Absatz. Die SP spielt in den Anti-Cuts-Komitees, die sie gemeinsam mit dem National Shop Stewards Network (Bundesweites BetriebsratInnenetzwerk) initiiert hat und die allerorts aus dem Boden schießen, eine entscheidende Rolle und vereint die Kämpfe im nationalen Bündnis „Stop the Cuts“.

# Periode von Revolution und Konterrevolution

*SozialistInnen aus ganz Europa diskutierten in London über Wirtschaftskrise und Widerstand*

Von Sebastian Kugler,  
SLP-Jugendgruppe

Von 4.–7. April fand in London das „Europäische Büro“ des Committees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI) statt, dessen österreichische Sektion die SLP ist. Es nahmen Mitglieder des CWI aus Italien, Polen, Irland, Nordirland, Griechenland, Belgien, Spanien, Schweden, Deutschland, Portugal, England, Schottland und Österreich teil, auch Israel und Pakistan waren vertreten.

Vier Tage lang wurde über die Perspektiven des Kampfes gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, über die arabischen Revolutionen, die japanische Atomkatastrophe und vieles mehr diskutiert.

**Welt in Aufruhr**

Seit dem Weltkongress des CWI im Dezember 2010 ist viel Wasser die Flüsse dieser Welt hinunter geflossen. Die arabischen Revolutionen bestätigten unsere damalige Analyse, dass der Nahe und Mittlere Osten kurz vor der Explosion stand. Augenzeuginnen berichteten von Interventionen des CWI in Tunesien, Ägypten und Oman. Sie erzählten vom hohen Level der Selbstorganisierung in Tunis und Kairo. Einmal mehr wurde betont, dass keine westliche Militärintervention und keine „Regierung der nationalen Einheit“ den Menschen Frieden und Demokratie bringen werden. Wollen die Probleme wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit, die die Bewegungen auslösten, tatsächlich behoben werden, müssen die ArbeiterInnen und Jugendlichen Politik und Wirtschaft selbst in die Hand nehmen. Die Komites zur



Selbstverwaltung und Verteidigung, die im Zuge der Revolutionen entstanden sind, sind ein wichtiger Ansatzpunkt. Wichtig dafür ist auch der Aufbau neuer politischer Formationen. Auch der Aufstand in Wisconsin kam zur Diskussion. Durch die Intervention der US-Sektion des CWI konnte in Wisconsin eine Gruppe der Socialist Alternative aufgebaut werden, die nun den Widerstand nach besten Kräften unterstützt. Von Wisconsin bis Tokio ziehen immer mehr Menschen den Schluss, dass die Krise kein „Betriebsunfall“ eines an sich gesunden Systems ist, sondern dass der Kapitalismus an der Krise schuld ist. Die Frage eines anderen Systems rückt immer mehr ins Bewusstsein vieler ArbeiterInnen und Jugendlichen.

**Europa – Der Widerstand geht weiter**

Trotz der allgegenwärtigen „Die Krise ist vorbei!“-Propaganda greifen die Herrschenden ununterbrochen Lebensstandards und Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse an. Die Krise ist nicht vorbei, sie tritt nur in eine

neue Phase ein. Die sogenannten „Rettungspakete“ für Griechenland, Irland und Portugal retten nur das Geld der Banken – bezahlen sollen ArbeiterInnen und Jugendliche. Die wirtschaftliche Lage ist aber keinesfalls stabil. Weltweit warten weitere Immobilienblasen darauf zu platzen, während selbst bürgerliche KommentatorInnen feststellen müssen, dass „die Banken nichts aus der Krise gelernt haben“ und weiter machen wie bisher. In Griechenland soll nun das bereits 4. Sparpaket eingeführt werden. Griechische GenossInnen berichteten von der „Wir zahlen nicht“-Bewegung, in deren Rahmen boykottieren nun große Teile der griechischen ArbeiterInnenklasse Mautgebühren und zahlen nicht mehr für den öffentlichen Verkehr. In Athen halten prekär Beschäftigte zu Redaktionsschluss immer noch das Rathaus besetzt. GenossInnen von Xekinima, der griechischen Schwesternorganisation der SLP, sind dabei eine treibende Kraft. Der Widerstand erreichte auch Zypern, wo es dieses Jahr bereits zwei Generalstreiks gab. GenossInnen aus Portugal und Spanien berichteten von

der explosiven Situation in diesen Ländern. Während in Portugal ein Generalstreik die Regierung aus dem Amt gefegt hat, liegt die Arbeitslosigkeit in Spanien bei 15–19-jährigen bei unglaublichen 63% – Eine tickende Zeitbombe.

**International gegen Krise, Krieg und Kapitalismus**

Wie ein roter Faden zog sich die wachsende Ablehnung von immer größeren Teilen der Bevölkerung gegen „die da oben“, das Establishment, aber auch „den Kapitalismus“ durch alle Diskussionen. Das CWI ist weltweit in rund 45 Ländern vertreten. Überall setzen sich GenossInnen gegen den kapitalistischen Wahnsinn ein und kämpfen für eine demokratische sozialistische Alternative. Und das mit immer mehr Erfolg.

Der Wahlerfolg der irischen CWI-Sektion, der Socialist Party, gab Anlass zur Freude. Immerhin stellt in Irland eine revolutionäre Kraft nun zwei ParlamentarierInnen, sechs StadträteInnen und einen EU-Parlamentarier. Natürlich wurden aber auch die Gefahren dieser neuen Situation erläutert und auf die Notwendigkeit des weiteren Aufbaus der Organisation hingewiesen. Die gastgebende Socialist Party von England und Wales konnte in den letzten Monaten großartige Erfolge erzielen und ihre Kräfte vor allem in den englischen Gewerkschaften verstärken. Am 26. März demonstrierten 700 000 Menschen in London. Diese Demonstration wurde von den Gewerkschaften organisiert. Dies zeigt, dass nun auch die organisierte ArbeiterInnenbewegung die Bühne der Ereignisse betrifft.

# Csárdás gegen Orbán

*In Ungarn regt sich Widerstand gegen soziale Angriffe, die neue Verfassung und Rassismus*

Von Sophie Schindler, CWI

Der ungarische Nationaltanz, der Csárdás, beginnt ruhig und wird dann immer wilder. Ähnlich könnten sich auch die Proteste entwickeln. Vor knapp einem Jahr errang die autoritäre rechts-konservative Fidesz unter Viktor Orbán eine 2/3-Mehrheit. Die neofaschistische Jobbik kam auf rund 17%. Ungarn schien zu einem der reichsten Länder Europas zu werden. Doch nun häufen sich die Proteste.

Da Ungarn in der ersten Hälfte 2011 den EU-Vorsitz hat, musste sich die EU zumindest gegen die ärgsten Auswüchse des immer autoritäreren Orbán-Regimes äußern, die Wahl fiel auf das Mediengesetz. Dieses bedeutet defacto Zensur und Maulkorb für KritikerInnen – doch es ist nur eine Facette der gefährlichen Fidesz-Regierung. Da ist einmal ihr autoritärer Charakter, der mit der neuen, Ende April beschlossenen, Verfassung noch verschärft wird. Ergänzt mit einem christlich-fundamentalistischen Gesellschaftsbild, das einen massiven Rückschritt u.a. für Homosexuelle und Frauen (z.B. in der Abtreibungsfrage) bedeutet. Rassismus gegen Roma und auch Antisemitismus sind fixe Bestandteile der Fidesz-Politik und es gibt keine erkennbare Opposition zu den Forderungen und Aktionen der neofaschistischen Jobbik.

**IWF nennt Orbáns Kürzungspläne „mutig“**

Großes Schweigen herrscht in der EU



über den brutalen Sparkurs und die neoliberalen Kürzungspolitik der Regierung. Mit Jahresbeginn wurde eine Flat-Tax eingeführt, die nur den oberen 20% der EinkommensbezieherInnen nützt. Nun kommen brutale Kürzungen bei Arbeitslosen hinzu. Von den rund 10% Arbeitslosen sind 30% Jugendliche. Nun wird das Arbeitslosengeld statt neun, nur mehr drei Monate ausbezahlt. Die „Krisensteuer“ – eine Sondersteuer für v.a. ausländische Großkonzerne – wird zur Abdeckung von Auslandsschulden verwendet und nicht für z.B. das Bildungs- und Sozialsystem. Auch die Re-Verstaatlichung der privaten Pensionskassen dient nicht zur Sicherung der Pensionen, sondern zum Stopfen von Budgetlöchern. Völlig offen ist, ob die rund 12 Milliarden jemals wieder in den Taschen jener landen werden, die die Beiträge eingezahlt haben. Das Sparbudget der Orbán-Regierung beinhaltet außerdem Streichungen bei den Früh-

pensionen, Kürzungen im Öffentlichen Dienst und bei den Kommunen sowie das Ziel, die Anzahl der Studierenden zu senken.

**Orbán sitzt auf einem Pulverfass**

Orbáns Aufstieg kann nicht auf sein Medienimperium reduziert werden oder darauf, dass „die Ungarn halt rechts sind“. Der Schock über die hohe Wahlunterstützung für rechte Parteien überdeckt, dass ein großer Teil der UngarInnen gar nicht mehr wählt. Anfang der 1990er Jahre gab es große Illusionen in den Kapitalismus – diese sind verschwunden. Drei von vier ungarischen Jugendlichen meinen, dass es einen neuen „Systemwechsel“ geben könnte. Sie sind für die Wieder-Verstaatlichung der wichtigsten Unternehmen und fordern, dass jene für die Krise zahlen sollen, die für sie verantwortlich sind.

Die Großdemonstration des Europä-

ischen Gewerkschaftsbundes am 9. April wurde von ungarischen Gewerkschaften genutzt, um gegen die Kürzungen der eigenen Regierung zu protestieren. Es folgte eine Serie von Protesten, Demonstrationen und Streiks. Parteien wie die sozialdemokratische MSZP (selbst Verantwortlich für brutale Sozialabbau) versuchen die Stimmung zu nutzen. Es gibt Proteste von Roma, Homosexuellen Gruppen sowie Grünen und linken Gruppen.

Aber die stärksten Proteste werden von ArbeiterInnen und Gewerkschaften organisiert. In den letzten 20 Jahren sind die verschiedenen Gewerkschaften v.a. durch Passivität aufgeflogen – und der Organisationsgrad ist auf knapp 10% gefallen. Doch nun beginnt die ungarische ArbeiterInnenklasse die Bühne zu betreten. Sie ist nicht länger bereit, Orbáns Angriffe hinzunehmen. Wenn die Kämpfe gegen die Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse mit jenen gegen Rassismus verbunden werden, können sie nicht nur erfolgreich sein, sondern kann daraus auch eine neue wirkliche sozialistische Kraft entstehen, die Fidesz, Jobbik etc. hinwegfegen. Der Csárdás hat gerade erst begonnen...

## Ungarn

Perspektiven für die Zukunft



20 Seiten, DIN A5  
Bestellen auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

## SCHLAG GEGEN NEO-NAZIS?

Von Tilman M. Ruster, SLP-Jugend

Mit der Festnahme Gottfried Küssels und den Hausdurchsuchungen bezüglich der Website „alpen-donau.info“ kam in die Schlagzeilen, was sonst gerne daraus ferngehalten wird: die neofaschistische Szene Österreichs. Nach langem Zögern gerieten Innen- und Justizministerium so unter Druck, dass gegen die Nazi-Seite vorgegangen werden musste.

Monatelang konnten die Nazis ungehindert ihre Propaganda und Drohungen weiterbetreiben – und wohl auch Beweise beiseite schaffen? Diese Halbherrigkeit im Kampf gegen die extreme Rechte ist keine Ausnahme. Der Verfassungsschutz spricht von einem „gleich bleibend niedrigem Niveau“ im Bezug auf Rechtsextremismus. Im Kontrast dazu steht die Zunahme rechter Gewalt: Immer wieder kommt es zu Angriffen auf antifaschistische AktivistInnen, MigrantInnen und Homosexuelle.

### Fekter macht den Vogel-Strauß

Doch Politik und Polizei schauen weg: Als ein SLP-Mitglied in Linz gezielt von RFJ-Kadern attackiert wurde, wurde die Anzeige nicht ernst genommen. Als Nazis in Wien-Floridsdorf versuchten ein migrantisches StudentInnenheim anzuzünden, zog die herbeigerufene Polizei schnell wieder ab und ermöglichte so einen zweiten Angriff in nur einer Nacht. Wenn eine linkes Vereinslokal in Salzburg regelmäßig von Nazi-Banden terrorisiert wird, redet der Verfassungsschutz lediglich von besoffenen Fußballfans und tut nichts. Nazi-Schmierereien in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen werden als „Lausbubenstreich“ verharmlost...

Nicht erst seit den kürzlich vorgenommenen Hausdurchsuchungen ist bekannt, dass die neofaschistische Szene auch über ein großes Waffenarsenal verfügt.

narsenal verfügt. In Nazi-Foren werden auch Brand-Anschläge und Attentate diskutiert. Warum „übersieht“ der Staat diese reale Gefahr und geht gleichzeitig umso brutaler gegen Linke und Tier-schützerInnen vor?

### Nazis gegen Kapitalismus?

Nazis haben durchaus eine „Funktion“ für die Herrschenden. Einerseits sollen sie Jugendliche von sozialistischen Ideen, die den Kapitalismus gefährden, abhalten. Sie verwenden in ihrer Propaganda bewusst antikapitalistische Phrasen. So wie der Begriff „Nationalsozialismus“ oder das Faseln von der „nationalen Revolution“. So ist es auch zu erklären, dass die Neo-Nazi Szene in der Wirtschaftskrise stark angewachsen ist. Statt wirklich gegen Kapitalismus zu kämpfen beschwören sie eine „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“. In der Praxis sind Nazis entschiedene Verteidiger des Kapitalismus: Mit ihrem Terror gegen Linke, MigrantInnen, Jüdin-nen, GewerkschafterInnen, Homosexuelle und viele andere schüchtern sie den Widerstand gegen den herrschende System ein. So nehmen sie dem Staat die Arbeit ab.

Doch manchmal gehen sie auch dem Staat zu weit, werden zu aggressiv, zu offensiv. Der Druck auf den Staat, endlich was gegen die braunen Brandstifter zu machen, wird stärker. Dann geht der Staat auch mal gegen die Naziszene vor. Zusätzlich hat das den Effekt, dass sich PolitikerInnen, die sonst für ihre rassistische Politik bekannt sind, plötzlich als „AntifaschistInnen“ präsentieren und von ihrer sonstigen Politik ablenken können. Mit Küssels Verhaftung kämpfte Bandion-Ortner auch um ihren eigenen Job. Erfolglos, wie wir wissen.



Nicht erst seit den kürzlich vorgenommenen Hausdurchsuchungen ist bekannt, dass die neofaschistische Szene auch über ein großes Waffenarsenal verfügt.

“

### Die Blauen und die Brauen

Eine wichtige Basis für die Arbeit der Brauen sind die Verbindungen zur FPÖ. Nazis (auch gewalttätige) gehören quasi zum Inventar von FPÖ-Veranstaltungen. Laufend werden Querverbindungen aus FPÖ, RFJ etc. zur Naziszene bekannt. FPÖlerInnen aller Parteiebenen fallen damit auf, dass sie im Internet die Nähe zu Nazitexten nicht scheuen, sich gegen das Verbots gesetz aussprechen, ein ewiggestriges Familien bild vertreten oder bei Veranstaltungen auftreten, bei denen sich das Who-is-Who der Naziszene trifft. Die FPÖ ist selbst keine faschistische Partei, doch sie dient den offenen Nazis als Brücke in die Mitte der Gesellschaft.

### Wie gegen Nazis kämpfen?

Die Bedrohung durch Nazis ist nicht so elementar, wie z.B. in Teilen Ost-Deutschlands oder in Ungarn. Doch sie sind auch bei uns ei-

ne ernsthafte Gefahr. Es ist zu begrüßen, wenn PolitikerInnen klare Worte gegen die braune Gefahr finden. Doch leider bleibt es meist bei Worten und Betroffenheit. Wenn z.B. eine anti-faschistische Gedenkveranstaltung nicht aktiv gegen Naziprovokationen geschützt wird – was ist dann ihre Aussage?

Der „offizielle“ Antifaschismus setzt auf den Staat – und muss damit scheitern. Und er trennt die rechte Gefahr von der sozialen Frage. Doch wer Faschismus wirklich bekämpfen will, muss wissen, was dahinter steckt. Der Faschismus hat seine Wurzeln im Kapitalismus und auch heute braucht dieses System die Nazis in einem gewissen Umfang, um echte antikapitalistische Bewegungen aufzuhalten. Nur gegen Nazis zu kämpfen ist also viel zu wenig! Der Kampf gegen Nazis muss immer mit dem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit verknüpft werden. Das Ende des Faschismus kommt mit dem Ende des Kapitalismus!

### Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikal Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

- stenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

- die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.